

Anwesend:

Oberbürgermeister

Oberbürgermeister Eberhard Menzel

Mitglied SPD-Fraktion

Ratsmitglied Ursula Aljets
Ratsmitglied Holger Barkowsky
Ratsmitglied Karlheinz Föhlinger
Ratsmitglied Hans Gabriels
Ratsmitglied Sabine Gastmann
Ratsmitglied Hans Hartmann
Ratsmitglied Hans-Jürgen Kempcke
Ratsmitglied Kurt Lorentz
Beigeordneter Siegfried Neumann
Ratsmitglied Uwe Reese
Ratsvorsitzender Norbert Schmidt
Ratsmitglied Margit Stoermer
Ratsmitglied Hermann Stolle
Ratsmitglied Angelika Thwin
Ratsmitglied Christine Will

Mitglied CDU-Fraktion

Ratsmitglied Ursula Biester
Ratsmitglied August Desenz
Ratsmitglied Jörn Felbier
Ratsmitglied Ursula Glaser
Ratsmitglied Martin Harms
Ratsmitglied Stephan Hellwig
Ratsmitglied Michael Kunze
1. Bürgermeister Fritz Langen
Ratsmitglied Helmut Möhle
Ratsmitglied Philipp Panzer
Ratsmitglied Bernhard Rech
Beigeordneter Prof. Günter Reuter
Beigeordneter Heinz Weerda

Mitglied FDP-Fraktion

Ratsmitglied Susanne Bauermeister
Ratsmitglied Hans-Joachim Jasny
Ratsmitglied Hartmuth Sager
Beigeordneter Dr. Michael von Teichman

Mitglied Gruppe BASU/Ober-Bloibaum/Tholen

Ratsmitglied Joachim Ender
Ratsmitglied Barbara Ober-Bloibaum
Ratsmitglied Gerold Tholen
Ratsmitglied Joachim Tjaden

Mitglied Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Beigeordneter Werner Biehl
Ratsmitglied Erika Lach
Ratsmitglied Claus-Dieter Westerman

Mitglied der LAW

Ratsmitglied Johann Janssen

parteilos

Ratsmitglied Peter Müller

Es fehlten entschuldigt

2. Bürgermeister Wilfrid Adam
Ratsmitglied Brigitte Klee
Ratsmitglied Horst Radmer

Dezernenten

Stadtrat Dr. Jens Graul
Stadtkämmerer Heiko Hoff
Stadtbourat Klaus-Dieter Kottek
Erster Stadtrat Jens Stoffers

von der Verwaltung

Fachbereichsleitung Zentrale Dienste Peter Gniech
Stellv. Fachbereichsleiter Finanzwirtschaft Stefan Kück
Betriebsleiter Eigenbetrieb Grundstücke und Gebäude Oliver Leinert
Fachbereichsleitung Kommunikation & Koordination Arnold Preuß
Betriebsleiter Eigenbetrieb Städtische Datenverarbeitung Hubert Rüttgers
Fachbereichsleitung Finanzwirtschaft Jörg Valnion
Fachbereich Kommunikation & Koordination Ira Wernicke
Gleichstellungsbeauftragte Ellen Wolbergs

Protokollführer

Protokollführer Lars Stecker

A. Öffentlicher Teil ab Seite 3

B. Einwohnerfragestunde auf Seite 22

C. Nichtöffentlicher Teil ab Seite 23

A. Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- 4 Sitzverzicht Ratsfrau Hirsch/Verpflichtung von Herrn Michael Kunze als Nachfolger
- 5.1 Antrag der BASU-Fraktion auf Um- und Neubesetzung von Ausschüssen und Gremien
- 5.2 Anträge Ratsherr Janssen zu den Themen "Schule Neuende" und "Foren zur künftigen Stadtentwicklung"
- 5.3 Sachstandsmitteilung Tourismuskonzept
- 6.1.1 EU-Förderperiode 2007-2013, Regionalisiertes Teilbudget (RTB); Mittelumschichtung innerhalb des RTB zugunsten des KMU-Programms
- 6.1.2 Nachbewilligungen zum Haushalt 2009
- 6.2.1 Bebauungsplan Nr. 115 A / 1. Änderung -Himmelreich Süd-West- Aufstellungsbeschluss
- 6.2.2 Bebauungsplan Nr. 93 / 3. Änderung -Coldewei Süd- Aufstellungsbeschluss
- 6.2.3 Bebauungsplan Nr. 93 / 2. Änderung -Coldewei Süd- Aufstellungsbeschluss
- 6.2.4 Bebauungsplan Nr. 93 / 1. Änderung -Coldewei Süd- Aufstellungsbeschluss
- 6.2.5 Bebauungsplan Nr. 63A / 6. Änderung -Norderneystraße/Ölhafendamm/Osttangente- Aufstellungsbeschluss
- 6.2.6 66. Änderung zum Flächennutzungsplan 1973 -Heppenser Groden Nord- Behandlung der Stellungnahmen sowie Feststellungsbeschluss
- 6.2.7 Bebauungsplan Nr. 203 -Heppenser Groden Nord- Behandlung der Stellungnahmen und Satzungsbeschluss
- 6.3.1 Zusammenlegung der katholischen Grundschulen Ansgarschule und Elisabethschule zum Schuljahr 2010/11 im Schulgebäude Oldeogestraße 4
- 7.1 Große Anfrage der Gruppe BASU/Ober-Bloibaum/Tholen zum Thema "Finanzen"
- 8.1 Kleine Anfrage Ratsherr Tholen "Entwidmung von Atomtransporten"

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Ratsvorsitzender Schmidt eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

Ratsvorsitzender Schmidt teilte mit, dass **Frau Gastmann** für die heutige Ratssitzung eine „Aktuelle Stunde“ zum Thema „Drogensubstitution“ beantragt habe. Da die dafür in der Geschäftsordnung des Rates geltende Frist jedoch nicht eingehalten worden sei, wurde mit Frau Gastmann vereinbart, dieses Thema in der am 28. Oktober stattfindenden Ratssitzung zu behandeln. Die Einladung zur Ratssitzung wurde bereits versandt, deshalb informiere er die Mitglieder des Rates mündlich über die „Aktuelle Stunde“.

3 Aktuelle Stunde

Herr Janssen trug folgenden **Dringlichkeitsantrag** vor:

„Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Menzel, für die heutige Ratssitzung stelle ich folgenden Dringlichkeitsantrag. Die Dringlichkeit ergibt sich daraus, dass am 01.11.2009 Dr. Abelman mit der Methadonvergabe aufhört, so dass dann ca. 40 Drogenkranke keinen Arzt mehr haben, der ihnen die Ersatzdroge Methadon verschreibt. Wenn der Rat meinem Antrag folgt, könnten bis zum 01.11.Lösungsversuche des Problems in Gang gesetzt werden. Der Antrag lautet:

„Der Rat der Stadt Wilhelmshaven legt der RNK Städtische Kliniken gGmbH nahe, sich an der Methadonvergabe ab dem 01.11.2009 zu beteiligen.“

Begründung: Zwar ist der Rat nicht weisungsbefugt gegenüber der RNK Städtische Kliniken gGmbH, er kann aber eine Empfehlung in diese Richtung abgeben. Er macht damit deutlich, dass er das Problem erkannt hat und dass er der Ansicht ist, dass das RNK zur Lösung des Problems beitragen sollte. Die bisherige Weigerung des RNK seit 20 Jahren, sich an der Methadonvergabe nicht zu beteiligen, hält der Rat in dieser Situation für inakzeptabel, weil sie zu Lasten der betroffenen Patienten geht und ihr Leben gefährdet.“

Erster Stadtrat Stoffers erklärte, dass der Dringlichkeitsantrag formalrechtlich ein Antrag auf Erweiterung der Tagesordnung sei. Die Tagesordnung könne durch einen einstimmigen Beschluss des Rates erweitert werden, sofern alle gewählten Ratsmitglieder anwesend seien. Alternativ könne der Antrag gemäß § 8 der Geschäftsordnung des Rates auf die Tagesordnung gesetzt werden, wenn die Dringlichkeit vom Rat mit einer Mehrheit von zwei Drittel seiner Mitglieder anerkannt werde. Die Dringlichkeit sei dann gegeben, wenn die Beschlussfassung des Rates notwendig ist, um Nachteile von der Stadt oder den Bürgern dieser Stadt abzuwenden. Dieses sei bei diesem Antrag jedoch nicht gegeben.

Frau Aljets sprach sich dafür aus, den Antrag von Herrn Janssen in der nächsten Ratssitzung am 28.10.2009 im Zusammenhang mit der von der SPD-Fraktion beantragten aktuellen Stunde zu behandeln.

Herr Prof. Reuter vertrat die Meinung, dass dieser Antrag in den Betriebsausschuss Krankenhaus zurückverwiesen werde müsse.

Der **Ratsvorsitzende** ließ über den **Dringlichkeitsantrag** abstimmen.

Bei 23 Ja-Stimmen wurde die erforderliche Zweidrittelmehrheit (30 Stimmen) nicht erreicht und der Antrag von Herrn Janssen konnte nicht auf die Tagesordnung gesetzt werden.

4 Sitzverzicht Ratsfrau Hirsch/Verpflichtung von Herrn Michael Kunze als Nachfolger

Herr Schmidt informierte, Frau Marita Hirsch habe mit Schreiben vom 29.09.2009 erklärt, dass sie aus persönlichen Gründen auf ihren Sitz im Rat verzichte. Gemäß § 37 Absatz 1 Nr. 1 NGO sei damit die Voraussetzung für das Ende ihrer Mitgliedschaft im Rat gegeben. Dieses wiederum habe der Rat gemäß § 37 Absatz 2 NGO durch Beschluss festzustellen.

Abschließend stellte der Rat durch **einstimmigen Beschluss** fest:

Die Voraussetzung für das Ende der Mitgliedschaft von Ratsfrau Marita Hirsch im Rat der Stadt Wilhelmshaven ist zum 01.10.2009 gem. § 37 Absatz 1 Nr. 1 NGO erfüllt.

Herr Schmidt erklärte weiter, dass nach Feststellung von Herrn Oberbürgermeister Menzel als Gemeindevahlleiter **Herr Michael Kunze** anstelle von Frau Hirsch für die Christlich Demokratische Union in den Rat nachrücke. Herr Kunze habe den Sitz gemäß den Bestimmungen des Niedersächsischen Kommunalwahlgesetzes angenommen.

Oberbürgermeister Menzel verpflichtete als neues Ratsmitglied **Herrn Michael Kunze** gemäß § 42 NGO durch Handschlag, die Aufgaben des Rates nach bestem Wissen und Gewissen unparteiisch zu erfüllen und die Gesetze zu beachten und wies besonders auf die Bestimmungen der §§ 25 – 27 NGO (Amtsverschwiegen-

heit, Mitwirkungsverbot, Treuepflicht) und auf § 30 der Abgabenordnung (Steuergeheimnis) hin. Die entsprechenden Gesetzestexte wurden übergeben.

Oberbürgermeister Menzel wies abschließend darauf hin, dass diese Pflichtbelehrung gemäß § 28 NGO aktenkundig zu machen sei, was durch Aufnahme in die Niederschrift der heutigen Sitzung geschehe.

Herr Kunze verzichtete auf die Einhaltung der Vorschrift über die Einberufung des Rates, um an der weiteren Sitzung teilnehmen zu können.

Herr Prof. Reuter teilte mit, dass Herr Michael Kunze alle bisherigen Mandate von Frau Marita Hirsch übernehme.

5 Vorlagen des Verwaltungsausschusses an den Rat

5.1 Antrag der BASU-Fraktion auf Um- und Neubesetzung von Ausschüssen und Gremien

Herr Tjaden gab Folgendes bekannt:

„Seit dem 28.09.2009 ist Frau Barbara Ober-Bloibaum nicht mehr Mitglied der SPD-Fraktion. Frau Ober-Bloibaum hat ihren Austritt aus der SPD schriftlich erklärt und schließt sich als parteilose Ratsfrau der Gruppe BASU/Tholen an. Die neue Gruppe im Rat der Stadt werde den Namen BASU/Ober-Bloibaum/Tholen tragen. Fraktionsvorsitzender und Gruppensprecher bleibe Joachim Tjaden.

Wir beantragen hiermit, diese Änderung ab sofort zu übernehmen. Weiterhin beantragen wir die sofortige Um- und Neubesetzung der entsprechenden Ausschüsse und Gremien. Die namentliche Umbenennung gilt ab sofort.“

Der Ratsvorsitzende Schmidt teilte die aktuelle Zusammensetzung des Rates mit

16 SPD-Fraktion
14 CDU-Fraktion
5 FDP-Fraktion
4 Gruppe BASU/Ober-Bloibaum/Tholen
3 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
1 Einzelmitglied LAW
1 Einzelmitglied parteilos

und erklärte, dass nach § 51 Abs. 9 S. 2 NGO Ausschüsse **neu besetzt** werden müssen, wenn sich das Verhältnis der Stärke der Fraktionen / Gruppen des Rates verändert habe und ein **Antrag auf Neubesetzung** gestellt werde. Ein derartiger Antrag liege vor.

Er teilte mit, dass von einer **Neubesetzung** bis auf den mit 15 Ratsmitgliedern besetzten Ausschuss für „Finanzen, Wirtschaft, maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus“ und die mit 5 Ratsmitgliedern besetzten Werksausschüsse „Städtische Datenverarbeitung“ und „Grundstücke und Gebäude“ **alle Ausschüsse** betroffen seien. Die Verteilung der Ausschusssitze und die namentliche Ausschussbesetzung stelle der Rat durch Beschluss fest.

Er schlage vor, dass der Beschluss des Rates über die Sitzverteilung und die namentliche Benennung der Mitglieder **nach** der Neubildung der entsprechenden Ausschüsse und Benennung der Grundmandate gefasst werde. Dagegen erhob sich kein Widerspruch.

Verwaltungsausschuss

Nach Aufforderung durch den **Ratsvorsitzenden** benannte die Gruppe BASU/Ober-Bloibaum/Tholen als Beigeordneten im **Verwaltungsausschuss** **Herrn Tjaden** und als seinen Vertreter **Herrn Ender**.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erhält ein Grundmandat und benannte **Herrn Biehl** als Grundmandatsträger und **Frau Lach** als seine Vertreterin.

Es folgten die **Neubesetzungen der aus 9 Ratsmitgliedern** bestehenden **Ausschüsse**:

- Ausschuss für Personal- und Gleichstellungsfragen
- Ausschuss für Planen und Bauen
- Ausschuss für Soziales und Gesundheit
- Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz
- Kulturausschuss
- Sportausschuss
- Schulausschuss

Aktuelle Verteilung der Sitze auf die Fraktionen:

SPD-Fraktion	3 Sitze
CDU-Fraktion	3 Sitze
FDP-Fraktion	1 Sitz
Gruppe BASU/Ober-Bloibaum/Tholen	1 Sitz
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	1 Sitz

Ausschuss für Personal- und Gleichstellungsfragen

Aufgrund der Neuberechnung verlor die SPD-Fraktion einen Sitz im Ausschuss. Die SPD-Fraktion zog daraufhin **Frau Stoerner** aus dem Ausschuss zurück.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erhielt einen Sitz und benannte **Herrn Westermann**.

In dem Zusammenhang informierte **Herr Tjaden**, dass anstelle von **Herrn Ender** **Herr Tholen** zukünftig die Gruppe BASU/Ober-Bloibaum/Tholen im Ausschuss vertreten werde.

Ausschuss für Planen und Bauen

Aufgrund der Neuberechnung verlor die SPD-Fraktion einen Sitz im Ausschuss. Die SPD-Fraktion zog daraufhin **Herrn Gabriels** aus dem Ausschuss zurück.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erhielt einen Sitz und benannte **Frau Lach**.

Herr Tjaden informierte, dass anstelle von **Herrn Tjaden** **Herr Ender** zukünftig die Gruppe BASU/Ober-Bloibaum/Tholen im Ausschuss vertreten werde.

Ausschuss für Soziales und Gesundheit

Aufgrund der Neuberechnung verlor die SPD-Fraktion einen Sitz im Ausschuss. Die SPD-Fraktion zog daraufhin **Frau Thwin** aus dem Ausschuss zurück.

Die Gruppe BASU/Ober-Bloibaum/Tholen erhielt einen Sitz und benannte **Frau Ober-Bloibaum**.

Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz

Aufgrund der Neuberechnung verlor die SPD-Fraktion einen Sitz im Ausschuss. Die SPD-Fraktion zog daraufhin **Herrn Stolle** aus dem Ausschuss zurück.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erhielt einen Sitz und benannte **Herrn Westerman**.

Herr Tjaden informierte, dass künftig **Frau Ober-Bloibaum** die Gruppe BASU/Ober-Bloibaum/Tholen im Ausschuss vertreten werde.

Kulturausschuss

Aufgrund der Neuberechnung verlor die SPD-Fraktion einen Sitz im Ausschuss. Die SPD-Fraktion zog daraufhin **Frau Will** aus dem Ausschuss zurück.

Die Gruppe BASU/Ober-Bloibaum/Tholen erhielt einen Sitz und benannte **Frau Ober-Bloibaum**.

Sportausschuss

Aufgrund der Neuberechnung verlor die SPD-Fraktion einen Sitz im Ausschuss. Die SPD-Fraktion zog daraufhin **Herrn Kempcke** aus dem Ausschuss zurück.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erhielt einen Sitz und benannte **Frau Lach**.

Herr Tjaden informierte, dass **Frau Ober-Bloibaum** zukünftig die Gruppe BASU/Ober-Bloibaum/Tholen im Ausschuss vertreten werde.

Herr Prof. Reuter erklärte, dass **Herr Kunze** den freigewordenen Sitz von **Frau Hirsch** übernehme.

Schulausschuss

Aufgrund der Neuberechnung verlor die SPD-Fraktion einen Sitz im Ausschuss. Die SPD-Fraktion zog daraufhin **Frau Ober-Bloibaum** aus dem Ausschuss zurück.

Die Gruppe BASU/Ober-Bloibaum/Tholen erhielt einen Sitz und benannte **Herrn Tholen** und **Frau Ober-Bloibaum** als dessen Vertreterin.

Herr Prof. Reuter teilte mit, dass **Herr Kunze** den freigewordenen Sitz von **Frau Hirsch** übernehme.

Es folgte die **Neubesetzung der aus 6 Ratsmitgliedern** bestehenden Ausschüsse:

- Jugendhilfeausschuss
- Betriebsausschuss Krankenhaus

Aktuelle Verteilung der Sitze auf die Fraktionen:

SPD-Fraktion	2 Sitze
CDU-Fraktion	2 Sitze
FDP-Fraktion	1 Sitz
Gruppe BASU/Ober-Bloibaum/Tholen	1 Sitz
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	Grundmandat

Jugendhilfeausschuss

Aufgrund der Neuberechnung erhielt die Gruppe BASU/Ober-Bloibaum/Tholen einen Sitz und benannte **Frau Ober-Bloibaum** und **Herrn Tholen** als ihren Vertreter.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erhielt ein Grundmandat und benannte **Frau Lach**.

Herr Neumann informierte, dass **Frau Twin** den frei gewordenen Sitz von **Frau Ober-Bloibaum** übernehme.

Betriebsausschuss Krankenhaus

Aufgrund der Neuberechnung erhielt die Gruppe BASU/Ober-Bloibaum/Tholen einen Sitz und benannte **Herrn Ender** und **Frau Ober-Bloibaum** als seine Vertreterin.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erhielt ein Grundmandat und benannte **Frau Lach**.

Der **Ratsvorsitzende Schmidt** informierte, dass sich aufgrund des Austritts von Frau Ober-Bloibaum aus der SPD-Fraktion und Bildung der Gruppe BASU/Ober-Bloibaum/Tholen Änderungen bei der Besetzung des Aufsichtsrates der WFG Wirtschaftsförderung in Wilhelmshaven GmbH und der WTF Wilhelmshaven Touristik & Freizeit GmbH ergeben.

WFG Wirtschaftsförderung in Wilhelmshaven GmbH

Die Gruppe BASU/Ober-Bloibaum/Tholen erhielt einen Sitz und benannte **Herrn Tjaden**.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erhielt ein Grundmandat und benannte **Frau Lach**.

WTF Wilhelmshaven Touristik & Freizeit

Herr Prof. Reuter informierte, dass **Herr Kunze** den frei gewordenen Sitz von **Frau Hirsch** übernehme.

Städtischen Datenverarbeitung

Herr Neumann informierte, dass **Frau Störmer** den frei gewordenen Sitz von **Frau Ober-Bloibaum** übernehme.

METROPOLREGION BREMEN/OLDENBURG IM NORDWESTEN e. V.

Herr Prof. Reuter informierte, dass **Herr Kunze** den frei gewordenen Sitz von **Frau Hirsch** übernehme.

OSTFRIESLAND TOURISMUS GmbH

Herr Prof. Reuter informierte, dass **Herr Kunze** den freigewordenen Sitz von **Frau Hirsch** übernehme.

Über die Bildung der Ausschüsse wurde abschließend in der Gesamtheit beschlossen:

Beschluss: - einstimmig zugestimmt –

Der Bildung der Ausschüsse in der vorgetragenen Form wird zugestimmt.

Es schloss sich die **Verteilung der Ausschussvorsitze und Bestimmung der Vorsitzenden gemäß § 51 Abs. 8 NGO** an, die sich als Folge des Austritts von Frau Ober-Bloibaum aus der SPD-Fraktion und Bildung der Gruppe BASU/Ober-Bloibaum/Tholen ergab.

Zum darauf folgenden **Zugreifverfahren** erklärte **Ratsvorsitzender Schmidt**, die Ausschussvorsitze würden den Fraktionen nach dem d'Hondtschen Höchstzahlverfahren zugeteilt. Die Fraktionen sollten die Ausschüsse benennen, deren Vorsitz sie beanspruchen sowie deren Vorsitzende(n) und stellvertretende(n) Vorsitzende(n). Zwischen dem 8. und 9. Ausschussvorsitz müsste gem. § 51 Abs. 2 Satz 4 NGO zwischen der SPD-Fraktion und der Gruppe BASU/Ober-Bloibaum/Tholen das Los entscheiden.

Herr Neumann informierte, dass sich die Fraktionen von SPD, CDU und FDP dahin gehend verständigt hätten, das Zugreifverfahren erst ab dem 8. Ausschussvorsitz durchführen zu wollen.

Das Los wurde durch Oberbürgermeister Menzel gezogen.

Der 8. Ausschuss entfiel danach auf die Gruppe BASU/Ober-Bloibaum/Tholen und der 9. Ausschuss auf die SPD-Fraktion

Die noch verbleibenden Ausschuss-Vorsitze für den

- Jugendhilfeausschuss
- Ausschuss für Personal- und Gleichstellungsfragen
- Ausschuss für Soziales und Gesundheit
- Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz
- Kulturausschuss
- Betriebsausschuss Grundstücke und Gebäude
- Betriebsausschuss Städtische Datenverarbeitung

wurden wie folgt verteilt:

8. Gruppe BASU/Ober-Bloibaum/Tholen: **Jugendhilfeausschuss**
Vorsitzende: Ratsfrau Barbara Ober-Bloibaum
Vertreterin: Ratsfrau Brigitte Klee

9. SPD-Fraktion: **Ausschuss für Soziales und Gesundheit**

Vorsitzende: Ratsfrau Ursula Aljets

Vertreter: Ratsherr Uwe Reese

10. CDU-Fraktion: **Betriebsausschuss Grundstücke und Gebäude**

Vorsitzender: Ratsherr Stephan Hellwig

Vertreter: Beigeordneter Heinz Weerda

11. SPD-Fraktion: **Kulturausschuss**

Vorsitzende: Ratsfrau Magrit Stoermer

Vertreter: Ratsherr Hans Hartmann

12. Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: **Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz**

Vorsitzender: Ratsherr Claus Westerman

Vertreter: Ratsherr Karlheinz Föhlinger

13. CDU-Fraktion: **Ausschuss für Personal- und Gleichstellungsfragen**

Vorsitzender: Ratsherr Jörn Felbier

Vertreter: Ratsherr Philipp Panzer

14. SPD-Fraktion: **Betriebsausschuss Städtische Datenverarbeitung**

Vorsitzender: Ratsherr Hans Hartmann

Vertreterin: Ratsfrau Angelika Thwin

Über das Zugreifverfahren wurde abschließend ebenfalls in der Gesamtheit beschlossen:

Beschluss: – einstimmig zugestimmt -

Der Verteilung der Ausschussvorsitze wird in der vorgetragenen Form zugestimmt.

5.2 Anträge Ratsherr Janssen zu den Themen "Schule Neuende" und "Foren zur künftigen Stadtentwicklung"

Herr Janssen trug seinen ersten Antrag vor:

„Der Rat beschließt, die Schule Neuende als die älteste Schule der Stadt, zu erhalten und sie für soziale Einrichtungen und Vereine, an erster Stelle solchen aus dem Stadtteil, zur Verfügung zu stellen.

Begründung: Auch in finanziellen Krisenzeiten darf nicht alles finanziellen Gesichtspunkten unterworfen werden. Das, was mit dem Bahnhof geschah und mit der Schule in Coldewei, nämlich die Zerstörung geschichtsträchtiger Gebäude dieser Stadt, soll sich mit der Neuender Schule nicht wiederholen.“

Herr Tholen erklärte, dass die Gruppe BASU/Ober-Bloibaum/Tholen den Antrag von Herrn Janssen unterstützen werde.

Herr Möhle machte deutlich, dass die CDU-Fraktion dieser Beschlussvorlage nicht zustimmen werde. Das Gebäude müsste für ca. 1 Mio. Euro in Stand gesetzt werden und eine Lösung, wie die jährlichen Unterhaltskosten finanziert werden, gehe aus dem Antrag auch nicht hervor. Auch nicht, wer dieses Gebäude betreiben solle.

Herr Föhlinger signalisierte die Zustimmung der SPD-Fraktion, da dieses historische Gebäude zwingend erhalten werden müsse. Die Aussage von Herrn Möhle, dass das Gebäude für ca. 1 Mio. Euro renoviert werden müsse, halte er für spekulativ.

Herr Ender teilte die Auffassung von Herrn Föhlinger und erklärte, dass auch seine Gruppe diesem Antrag zustimmen werde. Weiterhin sah er im Hinblick auf die hohe Zahl der Kinder in diesem Stadtteil den dringenden Bedarf einer Begegnungsstätte.

Herr Dr. von Teichman merkte kritisch an, dass dieser Antrag völlig unstrukturiert sei. Auf der einen Seite wolle man historische Gebäude erhalten, aber über eine Finanzierung oder eine evtl. Nachnutzung werde im Antrag nicht gesprochen.

Herr Möhle erläuterte, dass die 1 Mio. Euro nicht aus der Luft gegriffen sei, sondern im Schulentwicklungsplan von GGS nachzulesen sei.

Herr Biehl erklärte, dass bei der momentanen Finanzsituation der Stadt Wilhelmshaven dieser Antrag zur falschen Zeit käme.

Herr Prof. Reuter betonte nochmals, dass die CDU-Fraktion gegen diesen Antrag stimmen werde, da die derzeitige finanzielle Situation absolut keinen Spielraum mehr lasse.

Herr Tjaden stellte klar, dass die Stadt nicht unbedingt die Kosten der Renovierung tragen müsse. Es sollten allerdings Gedanken über die Nachnutzung angestrebt werden

Herr Hoff merkte an, dass der Antrag zu spät komme. Die Verkaufserlöse und die Einsparung der Sanierungskosten seien bereits für die Sanierung der im Bestand gesicherten Schulen eingeplant. Weiterhin führte er aus, dass der Verkauf der Neuender Schule bereits ausgeschrieben worden sei.

Herr Hellwig ergänzte, dass der Verkauf der Schule nach deren Schließung geplant und von einem evtl. Abriss nie die Rede gewesen sei.

Herr Tjaden sah bei einer Veräußerung des Gebäudes die Gefahr eines Abrisses und einer Bebauung der Fläche ähnlich der Grundschule Coldewei.

Der **Ratsvorsitzende** ließ über den Antrag von Ratsherrn Janssen abstimmen.

Der Antrag von Herrn Janssen wurde bei 21 Ja-Stimmen (SPD-Fraktion, Gruppe BASU/Ober-Bloibaum/Tholen, Ratsherr Müller und Ratsherr Janssen), 18 Nein-Stimmen (CDU-Fraktion, FDP-Fraktion und Oberbürgermeister Menzel) 3 Enthaltungen (Bündnis 90/Die Grünen) mehrheitlich angenommen.

Herr Janssen trug folgenden weiteren Antrag vor:

„Die Verwaltung wird beauftragt, eine Folge von mindestens 3 Foren zur geplanten Stadtentwicklung durchzuführen.

Begründung: Das Interesse der Wilhelmshavener an der Stadtplanung und Stadtentwicklung ist groß. Meistens liest der Bürger darüber in der Zeitung, wenn schon alles in trockenen Tüchern ist. Die Mitbeteiligung der Bürger am Gesamtplan

der großen Stadtentwicklung ist nicht gegeben. Sie werden nur scheibchenweise und bei bestimmten Bauvorhaben nur im gesetzlich vorgeschriebenen Rahmen informiert. In anderen Städten, z.B. Hannover, hat man mit solchen Foren zur Stadtentwicklung gute Erfahrung gemacht. Sie führen zu Reibungsverlusten und zu einem besseren Miteinander von Bürgern und Verwaltung.“

Der Antrag von Herrn Janssen wurde bei 21 Ja-Stimmen (SPD-Fraktion, Gruppe BASU/Ober-Bloibaum/Tholen, Ratsherr Müller und Ratsherr Janssen), 18 Nein-Stimmen (CDU-Fraktion, FDP-Fraktion und Oberbürgermeister Menzel) 3 Enthaltungen (Bündnis 90/Die Grünen) mehrheitlich angenommen.

5.3 Sachstandsmitteilung Tourismuskonzept

Stadtrat Dr. Graul stellte den Sachstand zum Tourismuskonzept anhand einer Power Point Präsentation vor. *(siehe Anlage zu TOP 5.3 im Ratsinformationssystem)*

Herr Dr. von Teichman dankte den Autoren und dem Vortragenden und kritisierte gleichzeitig das Verhalten seiner Ratskollegen während des Vortrages. Der Rat habe vor fünf Jahren den Auftrag erteilt, ein Tourismuskonzept erstellen zu lassen und ein großer Teil der Ratsmitglieder zeige keinerlei Interesse an dem Thema. Das vorliegende Konzept sei allerdings nur ein grobes Raster. Ein vollständiges Tourismuskonzept müsse spätestens Anfang nächsten Jahres vorliegen.

Herr Schmidt übergab den Vorsitz an **Herrn Rech** und erklärte, dass über die Finanzierung solcher Projekte in solchen Konzepten zu wenig ausgeführt werde. Der Tourismus sei ein Modul, um die Wirtschaftskraft der Stadt voranzubringen. Es müsse eine Stabsstelle geschaffen werden, um konkrete Schwerpunkte zu benennen und diese dann auch umsetzen zu können. Zudem wäre eine Zusammenarbeit mit der Fachhochschule wünschenswert, da diese auch einen Studiengang für Tourismus anbiete.

Frau Aljets merkte an, dass die in dem Vortrag enthaltenen Visionen nicht alle umgesetzt werden können, aber Visionen seien nötig, um überhaupt Möglichkeiten zu entwickeln, um den Tourismus in Wilhelmshaven nach vorne zu bringen.

Frau Bauermeister bat um Auskunft, wann mit dem endgültigen Tourismuskonzept zu rechnen sei.

Stadtrat Dr. Graul erklärte, dass gewisse Eckpunkte noch abgeklärt werden müssten. Gerade was den Bereich Marketing betreffe, führe man gute Gespräche mit der Fachhochschule. Es sei damit zu rechnen, dass dem Rat Mitte 2010 konkrete Vorschläge unterbreitet werden könnten. Einige Projekte wie beispielsweise die Jadeallee seien bereits auf den Weg gebracht worden.

An der sich anschließenden Diskussion über die Inhalte des Vortrages beteiligten sich die **Herren Janssen, Sager, Dr. Graul, Prof. Reuter und Rech** *(nachdem er den Ratsvorsitz wieder an Herrn Schmidt übergeben hatte)*.

6 Vorlagen der Fachausschüsse an den Rat6.1 Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft, maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus6.1.1 EU-Förderperiode 2007-2013, Regionalisiertes Teilbudget (RTB): 231/2009
Mittelumschichtung innerhalb des RTB zugunsten des KMU-
Programms

Frau Glaser trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus vom 19.10.2009 vor.

Oberbürgermeister Menzel erklärte ausführlich die Hintergründe dieser Beschlussvorlage.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der geplanten und im Folgenden dargestellten Mittelumschichtung innerhalb des RTB in Höhe von insgesamt 266.000 € (133.000 € EFRE, 133.000 € Stadt) zugunsten des städtischen KMU-Programms wird – vorbehaltlich der Genehmigung durch die NBank – zugestimmt:

Schwerpunkte des RTB (EFRE 2007-2013)	EFRE-Fördermittel 2007-2013	Städtische Fördermittel 2007-2013
S 1: KMU-Förderung	1.800.000 €	1.800.000 €
S 2: Innovationsförderung	283.000 €	283.000 €
S 3: wirtschaftsnahe Infrastruktur	417.000 €	417.000 €
Gesamt:	2.500.000 €	2.500.000 €

Schwerpunkte des RTB (EFRE 2007-2013)	Gesamt 2007-2013	Anteil Gesamt-budget
S 1: KMU-Förderung	3.600.000 €	72,00 %
S 2: Innovationsförderung	566.000 €	11,32 %
S 3: wirtschaftsnahe Infrastruktur	834.000 €	16,68 %
Gesamt:	5.000.000 €	100 %

Sollte diese Mittelumschichtung nicht zeitnah umgesetzt werden können, so wird alternativ - vorbehaltlich der Genehmigung durch die NBank - einem Vorgriff in selber Höhe auf das KMU-Budget der kommenden Jahre zugestimmt.

6.1.2 Nachbewilligungen zum Haushalt 2009**240/2009**

Frau Glaser trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus vom 19.10.2009 vor.

Frau Gastmann erklärte, dass die SPD-Fraktion gegen diese Nachbewilligung stimmen werde, wenn die Sanierung der Heppenser Straße dadurch erneut verschoben würde. In der Beschlussvorlage seien die Mittel für die Sanierung der Heppenser Straße als Deckungsvorschlag für die Umrüstung der Straßenlaternen veranschlagt.

Stadtkämmer Hoff bat die SPD-Fraktion, der Beschlussvorlage zuzustimmen, da der Fachbereich Straße und Grün nach reichlicher Prüfung seiner Haushaltsansätze noch Haushaltsreste gefunden habe, um die Umrüstung der Straßenlaternen zu finanzieren. Allerdings benötige man noch fünfzig Prozent der Mittel, die zur Sanierung der Heppenser Straße veranschlagt worden seien. Endgültige Zahlen über noch ausstehende Haushaltsreste und die damit verbundene Sanierung der Heppenser Straße könne man aber erst nach den Klausurberatungen im Januar 2010 liefern.

Frau Gastmann erklärte, dass, wenn die Finanzierung beider Projekte gewährleistet sei, die SPD-Fraktion dieser Beschlussvorlage zustimmen werde.

Herr Prof. Reuter signalisierte die Zustimmung seitens der CDU-Fraktion.

Herr Dr. von Teichman zeigte sich verwundert, dass nun doch Mittel bereitgestellt werden könnten. Er stellte den **Antrag**, getrennt über die beiden Nachbewilligungen abstimmen zu lassen.

Ratsvorsitzender Schmidt ließ über die beiden Nachbewilligungen getrennt abstimmen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die vorgelegten Nachbewilligungen:

Energieeffiziente Straßenbeleuchtung: - einstimmig zugestimmt –

Nr.	Produkt / Sachkonto	Bezeichnung	Betrag €	Deckungsvorschlag	€
1	54.11.01 / 787311	Gemeindestraßen/sonstige Baumaßnahmen	106.000	Minderaufwand / Minderauszahlung bei 54.11.01 / 78721	106.000

Ersatz Straßenbeleuchtungsmasten: - mehrheitlich zugestimmt –
(bei Gegenstimmen der FDP-Fraktion und Ratsherr Janssen)

Nr.	Produkt / Sachkonto	Bezeichnung	Betrag €	Deckungsvorschlag	€
2	54.11.01 / 787311	Gemeindestraßen / sonstige Baumaßnahmen	110.000	Minderaufwand / Minderauszahlung bei 54.11.01 / 787211	110.000

6.2 Ausschuss für Planen und Bauen

6.2.1 Bebauungsplan Nr. 115 A / 1. Änderung -Himmelreich Süd-West 243/2009 Aufstellungsbeschluss

Herr Rech trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 19.10.2009 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund des § 2 Abs.1 des Baugesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Art. 4 des Gesetzes vom 31.07.2009 (BGBl. I S. 2585) die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 115 A / 1. Änderung -Himmelreich Süd-West- im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB ohne Durchführung einer Umweltprüfung und mit Verzicht auf die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden gem. §§ 3 (1) und 4 (1) BauGB.

6.2.2 Bebauungsplan Nr. 93 / 3. Änderung -Coldewei Süd- Aufstellungs- **244/2009**
beschluss

Herr Rech trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 19.10.2009 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund des § 2 Abs.1 des Baugesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Art. 4 des Gesetzes vom 31.07.2009 (BGBl. I S. 2585) die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 93 / 3. Änderung - Coldewei Süd – im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB ohne Durchführung einer Umweltprüfung und mit Verzicht auf die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden gem. §§ 3 (1) und 4 (1) BauGB.

6.2.3 Bebauungsplan Nr. 93 / 2. Änderung -Coldewei Süd- Aufstellungs- **245/2009**
beschluss

Herr Rech trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 19.10.2009 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund des § 2 Abs.1 des Baugesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Art. 4 des Gesetzes vom 31.07.2009 (BGBl. I S. 2585) die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 93 / 2. Änderung - Coldewei Süd - im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB ohne Durchführung einer Umweltprüfung und mit Verzicht auf die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden gem. §§ 3 (1) und 4 (1) BauGB.

6.2.4 Bebauungsplan Nr. 93 / 1. Änderung -Coldewei Süd- Aufstellungs- **246/2009**
beschluss

Herr Rech trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 19.10.2009 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund des § 2 Abs.1 des Baugesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Art. 4 des Gesetzes vom 31.07.2009 (BGBl. I S. 2585) die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 93 / 1. Änderung - Coldewei Süd - im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB ohne Durchführung einer Umweltprüfung und mit Verzicht auf die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden gem. §§ 3 (1) und 4 (1) BauGB.

6.2.5 Bebauungsplan Nr. 63A / 6. Änderung -Norderneystraße / Ölhafendamm / Osttangente- Aufstellungsbeschluss **247/2009**

Herr Rech trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 19.10.2009 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund des § 2 Abs.1 des Baugesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Art. 4 des Gesetzes vom 31.07.2009 (BGBl. I S. 2585) die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 63A / 6. Änderung - Norderneystraße / Ölhafendamm / Osttangente im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB ohne Durchführung einer Umweltprüfung und mit Verzicht auf die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden gem. §§ 3 (1) und 4 (1) BauGB.

6.2.6 66. Änderung zum Flächennutzungsplan 1973 - Heppenser Groden Nord - Behandlung der Stellungnahmen sowie Feststellungsbeschluss **248/2009**

Herr Rech trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 19.10.2009 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund des § 2 Abs.1 des Baugesetzbuches (BauGB) und der §§ 6 und 40 der Niedersächsischen Gemeindeordnung in den z.z. geltenden Fassungen die 66. Änderung zum Flächennutzungsplan 1973 - Heppenser Groden Nord- zur Feststellung. Über die eingegangenen Stellungnahmen wird gem. Vorlage (Ergänzungsblatt 01 - 12) beschlossen. Die Begründung mit den Angaben nach § 2a BauGB wird beschlossen und ist der Änderung zum Flächennutzungsplan gem. § 5 Abs. 5 BauGB beigelegt.

6.2.7 Bebauungsplan Nr. 203 -Heppenser Groden Nord - Behandlung der Stellungnahmen und Satzungsbeschluss **249/2009**

Herr Rech trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 19.10.2009 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund der §§ 2 Abs.1 und 10 des Baugesetzbuches und der §§ 6 und 40 der Niedersächsischen Gemeindeordnung in den z.Z. geltenden Fassungen den Bebauungsplan Nr. 203 -Heppenser Groden Nord- als Satzung. Über die eingegangenen Stellungnahmen wird gem. Vorlage (Ergänzungsblatt 01- 12) beschlossen. Die Begründung mit den Angaben nach § 2a BauGB wird beschlossen und ist dem Bebauungsplan gem. § 9 Abs.8 des Baugesetzbuches beigegefügt.

6.3 Schulausschuss

6.3.1 Zusammenlegung der katholischen Grundschulen Ansgarischule und Elisabethschule zum Schuljahr 2010/11 im Schulgebäude Oldeoogestraße 4 **94/2009**

Herr Möhle trug den Beschlussvorschlag des Schulausschusses vom 01.10.2009 vor und merkte an, dass eine große Mehrheit im Schulausschuss für die Zusammenlegung gestimmt habe, darunter auch der Stadtelternrat .

Herr Tjaden erklärte, dass die Planungen hinsichtlich der katholischen Grundschulen ursprünglich anders ausgesehen haben. Seinerzeit wurde einstimmig vom Rat beschlossen, dass der Umzug der katholischen Grundschulen nach Altengroden erfolgen sollte. Hintergrund, warum die katholischen Grundschulen jetzt in die ehemalige Oldeoogeschool verlegt werden sollen, sei der Umstand, dass es nicht gelungen sei, den in Altengroden befindlichen „Außerschulischen Lernort“ zu verlegen. In diesem Zusammenhang stellte er die Fragen, warum nicht direkt nach dem Beschluss, den Außerschulischen Lernort zu verlegen, dieser auch umgesetzt worden sei und warum man nicht nach einer anderen Lösung gesucht habe? Er signalisierte, dass die BASU-Fraktion dieser Beschlussvorlage nicht zustimmen werde.

Herr Möhle erklärte, dass das Einzugsgebiet der infrage kommenden Schülerinnen und Schüler erst später durch die Schulverwaltung zum Tragen gekommen sei. 67 Prozent der Schülerinnen und Schüler kämen aus dem Einzugsgebiet der Ansgari- bzw. der Oldeoogeschool. Er räumte ein, dass dieser Gesichtspunkt damals nicht betrachtet worden sei. Weiterhin erläuterte er die Gründe für den Umzug in das Schulgebäude in der Oldeoogestraße.

Herr Dr. von Teichman sprach sich erneut für eine Verlegung der katholischen Grundschulen nach Altengroden aus und begründete dies ausführlich.

Herr Biehl verwies auf das Schulentwicklungsprogramm, welches bis jetzt sehr gut umgesetzt worden sei. Einzig die Zusammenlegung der katholischen Grundschulen konnte aus plausiblen Gründen nicht umgesetzt werden. Daher müsse man sich jetzt nach Alternativen umsehen und da komme nur das Gebäude der ehemaligen Oldeoogeschool in Frage.

Frau Will signalisierte die Zustimmung seitens der SPD-Fraktion und erklärte, dass die Eltern den Umzug befürworten. Jedem Schüler in Wilhelmshaven müsse ein gewisser Qualitätsstandard geboten werden und dieser sei bei der Oldeoogeschool gegeben.

Herr Prof. Reuter betonte, dass sich ein Arbeitskreis im Vorfeld sehr ausgiebig mit der Thematik auseinandergesetzt habe. Er habe jetzt aber das Gefühl, dass es wieder einmal einige Ratskollegen gäbe, die es besser wüssten und daher gegen diese Beschlussvorlage seien.

Herr Möhle erklärte, dass es die wirtschaftlichste Lösung sei und belegte dieses anhand von Zahlen.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt der Zusammenlegung der katholischen Grundschulen Ansgarschule und Elisabethschule zum Schuljahr 2010/11 im Schulgebäude Oldeogestraße 4 zu.

7 Große Anfragen

7.1 Große Anfrage der Gruppe BASU/Ober-Bloibaum/Tholen zum Thema "Finanzen"

Herr Tjaden trug die Große Anfrage der Gruppe BASU/Ober-Bloibaum/Tholen vor:

„In der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus am 14.09.2009 berichtete der Kämmerer, Heiko Hoff, dass die geplanten Haushaltsberatungen verschoben werden müssten. Einer der Gründe wurde mit der verspäteten Vorlage der Finanzpläne der Eigenbetriebe, Gesellschaften und Beteiligungen angegeben. Weiter wurde angegeben, dass sich aus diesen Finanzplänen wesentlich schlechtere Ergebnisse ergeben hätten als geplant.

Dazu folgende Fragen:

1. Welche Eigenbetriebe, Gesellschaften und Beteiligungen müssen den städtischen Haushalt beeinflussende Finanzpläne und Ergebnisse vorlegen?
2. Welche Eigenbetriebe, Gesellschaften und Beteiligungen haben diese Pläne später vorgelegt als vorgesehen?
3. Welche Eigenbetriebe, Gesellschaften und Beteiligungen haben in ihren Ergebnissen die Vorgaben eingehalten?
4. Welche Eigenbetriebe, Gesellschaften und Beteiligungen haben in ihren Ergebnissen die Vorgaben nicht eingehalten?
5. Welche Abweichungen von den Planzahlen haben sich für die einzelnen Eigenbetriebe, Gesellschaften und Beteiligungen ergeben?
 - a. Geplantes Ergebnis?
 - b. Tatsächliches Ergebnis?
6. Welche Gründe für die Abweichungen werden von den einzelnen Eigenbetrieben, Gesellschaften und Beteiligungen angegeben?

Für die Verschiebung der Haushaltsberatungen sind weitere negative Veränderungen ausschlaggebend.

7. Wie stellt sich die Haushaltslage der Stadt Wilhelmshaven nach den neuesten Erkenntnissen dar?
8. Sind von der Verwaltung schon Maßnahmen ergriffen worden, um die Haushaltslage zu verbessern?
 - a. Wenn ja: Welche?

Herr Hoff beantwortete die Große Anfrage wie folgt:

„Zunächst stelle ich fest, dass ich ausweislich des FWM-Protokolls eine solche Aussage nicht getroffen habe. Die weitere Angabe bezog sich auf die Jahresabschlüsse einiger Tochterunternehmen des Konzerns Stadt Wilhelmshaven. Letztere habe ich in einer nichtöffentlichen Gesellschafterversammlung geäußert. Dies dürfte auch für den Fragenanlass ihrer 1. Frage gelten. Insofern könnte ich auf den in Kürze vorliegenden Beteiligungsbericht und die Umsetzungsvorschläge zur Haushaltssanierung verweisen.

Ich werde dennoch versuchen, unter angemessener Rücksichtnahme auf die betroffenen Gesellschaften, Geschäftsführer und deren MitarbeiterInnen, Ihre Fragen zu beantworten:

Antwort Frage 1:

Alle.

Antwort Frage 3:

Soziale Betriebe –nachträglich-, WTF, WTF-S, GGS, AöR i. Gr. (Ausnahme SGW)

Antwort Fragen 2 + 4:

Alle, die unter 3. nicht genannt worden sind

Antwort Frage 5:

*Geplante Verbesserung 11,2 Mio. €, tatsächliche Verbesserung 5,7 Mio. €;
Zu weiteren Einzelheiten bitte ich um Geduld bis zur Klausurberatung, da gerade in den Bereichen intensiv an weiteren Verbesserungen gearbeitet wird – und zwar hochmotiviert.*

Antwort Frage 6:

Dazu werde ich nur in vertraulichen, nichtöffentlichen Sitzungen Stellung nehmen; wenn wir heute schon die AöR hätten, sähe dies anders aus.

Frage 7:

- a) Defizit vor HH-Sanierungskonzept 42,1 Mio. €*
- b) Defizit nach HH-Sanierungskonzept 7,4 Mio. €*
- c) Defizit nach teilweisem HH-Sanierungskonzept 36,6 Mio. €*
- d) Defizit, wenn, wie von der Politik am 14.09.2009 64,5 Mio. € bis 2012 im FWM dargelegt, nichts zur HH-Sanierung 80,0 Mio. € bis 2017 unternommen wird.*

Frage 8:

Bis zum FWM am 19.10.2009 haben wir zunächst die Erhöhung der Kassenkreditlinie über den 1. Nachtrag 2009 veranlasst. Die Kommunalaufsicht hat diesen Nachtrag genehmigt. Allerdings in der Erwartung, dass der Rat die Beschlüsse vom 25.03.2009 umsetzt. Weitere Maßnahmen folgen ab 28.10.2009 bzw. nach den Klausurberatungen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.“

Herr Prof. Reuter merkte an, dass durch den heutigen Beschluss, die Neuender Schule nicht zu veräußern, sich der Haushalt um eine weitere Million Euro plus Folgekosten verschlechtert habe.

Herr Tjaden erklärte, dass der eben getroffene Beschluss zwar etwas Geld gekostet habe, aber die grundsätzlichen Fehler seien bereits im Februar diesen Jahres durch den Haushaltsbeschluss gelegt worden. Es seien von Seiten der

CDU-Fraktion keine Vorschläge zur Kosteneinsparung unterbereitet worden, man habe sich auf die Einführung der AÖR verlassen.

Herr Prof. Reuter wehrte sich gegen diese Behauptung und Unterstellung, keine konkreten Einsparungsvorschläge gemacht zu haben.

8 Kleine Anfragen

8.1 Kleine Anfrage Ratsherr Tholen "Entwidmung von Atomtransporten"

Herr Tholen trug folgende Kleine Anfrage mit Bitte um Beantwortung vor:

„Der Stromkonzern E.ON möchte 64 Mischoxid-Brennelemente (MOX) aus der britischen Wiederaufbereitungsanlage Sellafield für sein Atomkraftwerk bei Grohnde beziehen. Ursprünglich sollte in diesem Herbst mit dem Abtransport begonnen werden. Im Vorwege hat man bereits am 17.08.09 ein Frachtschiff nach Cuxhaven geschickt, um - wie es der Nds. Innenminister Schünemann nach Auffliegen der Aktion nannte - eine „Kalterprobung“ durchzuführen. Die öffentliche Empörung darüber hat den Rat der Stadt Cuxhaven dazu veranlasst, die geplanten Atomtransporte über den Cuxhavener Hafen abzulehnen (s. Cuxhavener Zeitung 05.09.09). Daraufhin hat die mit den Atomtransporten beauftragte Spedition die Prüfung von Alternativrouten für deren Durchführung beantragt. Dafür stehen jedoch nur noch wenige Umschlaghäfen zur Auswahl: Der Bremer Senat lehnte lt. Pressemitteilung vom 08.09.09 *„...die Transporte von Atombrennstäben aus dem britischen Sellafield zum Atomkraftwerk Grohnde über bremische Häfen und durch das Stadtgebiet von Bremen oder Bremerhaven aus politischen und aus Sicherheitsgründen entschieden ab.“* Und die Nds. Landesregierung soll sich lt. Pressemitteilungen gegen den Hafenumschlag von Atombrennstäben in Cuxhaven und Nordenham ausgesprochen haben. Zur Begründung habe man u.a. angeführt, dass das steigende Interesse der Öffentlichkeit und der Medien an den bevorstehenden Transporten dazu führen könnte, dass die logistische Abwicklung gefährdet sei. Für die übrigen infrage kommenden Niedersächsischen Hafenstädte scheint dies demnach nicht zu gelten. Also auch nicht für Wilhelmshaven.

Dazu folgende Fragen an die Stadt:

1. Hat der Beschluss des Rates der Stadt Wilhelmshaven vom 21.10.1988, in dem der Transport und Umschlag von radioaktiven Stoffen über die Jadestadt abgelehnt und die Verwaltung aufgefordert wird, alle rechtlichen Möglichkeiten zur Verhinderung zu nutzen, weiterhin Bestandskraft?

Wenn ja:

- a) Welche Vorbereitungen zur rechtlichen Verhinderung des Umschlags von radioaktiven Stoffen über die Jadestadt wurden bereits getroffen?

Falls keine getroffen wurden:

- b) Zu welchem Zeitpunkt hält es die Stadt für angezeigt, die Vorbereitungen zur rechtlichen Verhinderung des Umschlags von radioaktiven Stoffen über die Jadestadt zum Abschluss zu bringen?
2. Bemüht sich die Stadt Wilhelmshaven auf allen ihr zugänglichen Wegen um Informationen bezüglich des Genehmigungsverfahrens von Alternativrouten für Atomtransporte über Niedersächsische Häfen – ausgenommen Cuxhaven und Nordenham?

3. Was wird die Stadt Wilhelmshaven juristisch und publizistisch unternehmen, falls ihr bekannt wird, dass Wilhelmshaven als Hafenumschlagplatz für radioaktive Brennstoffe vorgesehen ist?“

Herr Dr. Graul beantwortete die Kleine Anfrage des Rats Herrn Tholen wie folgt:

Zu Frage 1:

„Der Rat der Stadt Wilhelmshaven hat sich am 21. September 1988 mehrheitlich „gegen den Transport von radioaktiven Materialien inklusive deren Umschlag in allen Hafenbereichen Wilhelmshavens“ ausgesprochen. Gleichzeitig hat er die damalige Niedersächsische Landesregierung aufgefordert, keine Genehmigungen für den Transport von radioaktiven Materialien nach Wilhelmshaven und für deren Umschlag im Hafen zu erteilen.

Die Angelegenheit ist damals insofern im Sande verlaufen, als es keine konkreten weitergehenden Planungen oder Genehmigungsverfahren für den Umschlag radioaktiver Materialien über Wilhelmshaven gab.

Die NGO kennt kein „Verfallsdatum“ wie das Lebensmittelrecht und auch keine „Halbwertszeit“ wie das Atomrecht. Nach Auffassung der Verwaltung ist die Gültigkeit des Ratsbeschlusses vor dem Hintergrund der jeweils zu Grunde liegenden Sachlage zu sehen, d.h. in einem vergleichbaren Fall gilt der damalige Beschluss ... auch nach 21 Jahren noch ... solange er nicht durch einen neuen Beschluss ersetzt wird.

Zur Sache selbst ist allerdings darauf hinzuweisen, dass es nach Auskunft der in Wilhelmshaven tätigen Hafenbetreiber resp. der zuständigen Hafenbehörden derzeit keine konkreten Planungen, Absichten oder andere Überlegungen gibt, nukleare Brennstoffe über Wilhelmshavens Häfen umzuschlagen.

*Insofern – und damit beantworte ich zugleich die **Frage 1 a)** – hat die Verwaltung bislang auch davon abgesehen, im Wege des vorausseilenden Gehorsams tätig zu werden. Grundsätzlich sind Transporte solcher Art vom „Bundesamt für Strahlenschutz“ in Salzgitter zu genehmigen. Das Bundesamt beteiligt im konkreten Fall die zuständigen anderen Behörden, u.a. auch die Stadt Wilhelmshaven für den Bereich der öffentlichen Sicherheit und Ordnung und der erforderlichen verkehrsrechtlichen Genehmigungen.*

Zu Frage 2 b:

Die Stadtverwaltung hält es erst dann für angezeigt, sich mit der Beurteilung Umschlags nuklearer Brennstoffe über Wilhelmshavener Stadtgebiet und etwaigen Einwirkungsmöglichkeiten auseinander zu setzen, wenn es dafür konkrete Absichten bzw. Verfahrensschritte gibt.

Zu Frage 3: Nein.

Zu Frage 4: *Darüber ist in Abstimmung mit den zuständigen parlamentarischen Gremien zu entscheiden, wenn es entsprechende Absichten, Planungen oder Verfahren gibt.“*

B. Einwohnerfragestunde

Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde
§ 18 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Rates

Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde lagen nicht vor.

Fragen zur Tagesordnung der Ratssitzung
§ 18 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Rates

Da auch keine Fragen zur Tagesordnung gestellt wurden, wurde die Einwohnerfragestunde geschlossen.

Ende der Sitzung: 19:05 Uhr

Schmidt
Ratsvorsitzender

Menzel
Oberbürgermeister

Stecker
Protokollführer

Dateiname: 9595.16133.doc
Verzeichnis: C:\Documents and Settings\Default User\My Documents
Vorlage: Normal.dotm
Titel: Sitzung 9/2009
Thema: Sitzungsdatum 21.10.2009
Autor: SDW
Stichwörter: Sitzungsort Gorch-Fock-Haus, , Wilhelmshaven
Kommentar: erstellt am 11.02.2010
Erstelldatum: 11.02.2010 12:28:00
Änderung Nummer: 1
Letztes Speicherdatum: 11.02.2010 12:28:00
Zuletzt gespeichert von: SDW
Letztes Druckdatum: 11.02.2010 12:28:00
Nach letztem vollständigen Druck
Anzahl Seiten: 22
Anzahl Wörter: 7.162 (ca.)
Anzahl Zeichen: 45.125 (ca.)